

REGIERUNGSRAT

28. Juni 2023

23.128

Interpellation Yannick Berner, FDP, Aarau, vom 25. April 2023 betreffend Einführung eines "Professional Bachelor" für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung; Beantwortung

I.

Text und Begründung der Interpellation wurden den Mitgliedern des Grossen Rats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

II.

Der Regierungsrat antwortet wie folgt:

Vorbemerkungen

Im Rahmen des Bundesprojekts "Positionierung höhere Fachschulen" waren sich die Akteure der Berufsbildung einig, dass die Abschlüsse der höheren Fachschulen (HF) respektive der höheren Berufsbildung (HBB) besser sichtbar gemacht respektive gestärkt werden müssen. Wie in Deutschland und Österreich sollen aus diesem Grund die an das Bologna-System angelehnten Titelzusätze "Professional Bachelor" und "Professional Master" eingeführt werden.

Neben weiteren Massnahmen im Projekt "Positionierung höhere Fachschulen" hat das nationale Spitzentreffen der Berufsbildung am 14. November 2022 die Prüfung dieser neuen Titelzusätze gutgeheissen. Auf Basis dieses Prüfauftrags hat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) einen konkreten Umsetzungsvorschlag zur Einführung des "Professional Bachelor/Master" erstellt. Dieser Vorschlag befand sich vom 6. April bis zum 25. Mai 2023 in der Konsultation. Die Einführung der Titelzusätze setzt eine Änderung des nationalen Berufsbildungsgesetzes voraus,¹ die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und –direktoren (EDK) wird sich im Vernehmlassungsprozess noch einbringen können. Zudem ist das Thema im Oktober 2023 für die Jahresversammlung der EDK traktandiert.

Zur Frage 1

"Wie beurteilt der Regierungsrat die Einführung eines neuen Titels für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung?"

Der Meinungsbildungsprozess der Kantonsregierungen steht noch aus und erfolgt auch in den gemeinsamen Diskussionen in den gesamtschweizerischen Gremien. Grundsätzlich befürwortet der

¹ Im Kanton Aargau wäre anschliessend eine Anpassung des Gesetzes über die Hochschul- und Innovationsförderung (Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz, HIG) notwendig.

Regierungsrat des Kantons Aargau die Einführung der neuen Titelzusätze "Professional Bachelor/Master". Bei der konkreten Umsetzung ist es jedoch wichtig, auch die Argumente der Kritikerinnen und Kritiker zu berücksichtigen.

Zur Frage 2

"Wie schätzt er die Vor- und Nachteile in Bezug zur bestehenden Bildungslandschaft ein und welche Meinung wird er in der gebildeten Arbeitsgruppe (EDK und Schweizerischer Arbeitgeberverband) vertreten? Wie wird die Meinungsbildung erfolgen?"

Der Kanton Aargau war an den Arbeitstagungen vertreten, welche vom SBFI im Rahmen des Projekts "Positionierung höhere Fachschulen" durchgeführt wurden. An diesen Tagungen wie auch in den Diskussionen zwischen der für die HBB zuständigen Abteilung Berufsbildung und Mittelschule sowie der Abteilung Hochschulen und Sport des Departements Bildung, Kultur und Sport wurden die Vor- und Nachteile der geplanten Titelzusätze eingehend diskutiert.

Der Hochschulrat der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) beurteilte die Bezeichnungen "Professional Bachelor/Master" bisher aufgrund ihrer Nähe zu den Bezeichnungen der Hochschulabschlüsse als problematisch. Weitere Einwände sind, dass die Einführung der Titelzusätze zu einer Akademisierung der HBB führen könnte und dass bei den Absolventinnen und Absolventen falsche Erwartungen bezüglich Durchlässigkeit ins Hochschulsystem geweckt werden. Zudem steht der "Master" der Hochschulen für einen Forschungsbezug und ein "Bachelor" meint im Ausland eine Erstausbildung, was bei der HBB nicht zutrifft. Teils ist umstritten, dass mit dem "Professional Bachelor" für Berufsprüfungen und Diplome HF respektive dem "Professional Master" für höhere Fachprüfungen Abschlüsse zusammengefasst werden, deren Anspruchsniveau im Nationalen Qualifikationsrahmen Berufsbildung (NQR) teilweise unterschiedlich eingestuft wird. Auch ist noch nicht vollständig geklärt, wie der neue Titelzusatz in der Praxis gehandhabt wird.

Ein Vorteil der neuen Titelzusätze ist jedoch, dass sie die Sichtbarkeit und Verständlichkeit der HBB-Abschlüsse erhöhen können. Die Titelzusätze sollen die Abschlüsse im Ausland sowie für ausländische Personalverantwortliche in der Schweiz besser verständlich machen und sowohl im In- und Ausland einen stärkeren Bezug zum Tertiärbereich herstellen. Letzteres dient auch als Signal für Jugendliche und ihre Eltern in der Schweiz, die sich für einen solchen Bildungsweg entscheiden. Um die Unterscheidung der Abschlüsse der HBB und des Hochschulbereichs sicherzustellen, sollen die im Schweizer Arbeitsmarkt bewährten Titel der HBB beibehalten und lediglich durch die Begriffe "Professional Bachelor/Master" ergänzt werden.

Der Regierungsrat sieht die Einführung des "Professional Bachelor/Master" als Chance, die Abschlüsse der höheren Berufsbildung insgesamt zu stärken und wird diese Meinung in den relevanten Austauschgremien vertreten. Er wird jedoch auch explizit auf mögliche Nachteile des Systems hinweisen, diese müssen bei der weiteren Umsetzung berücksichtigt werden.

Zur Frage 3

"Der Regierungsrat ist Mitglied im Regierungsausschuss (RRA) der Fachhochschule Nordwestschweiz und präsidiert diese. Wie steht der Regierungsrat als Mitglied im RRA mit der Fachhochschule Nordwestschweiz in Verbindung bezüglich des Themas, auch bezüglich Meinungsbildung?"

Der "Professional Bachelor" wird im Regierungsausschuss (RRA) der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) nicht thematisiert, da er die FHNW nicht spezifisch betrifft. Die Meinungsbildung der Regierungsräte aus Sicht Hochschulen respektive Fachhochschulen erfolgt im Hochschulrat der SHK.

Zur Frage 4

"Steht der Regierungsrat mit den involvierten Verbänden und Interessensvertretungen seitens Bildungsinstitutionen, aber auch mit der Wirtschaft in Kontakt? Welche Bedürfnisse sind dabei zu vernehmen?"

Im 2022 fanden im Rahmen des Projekts "Positionierung höhere Fachschulen" auf nationaler Ebene drei Arbeitstagungen statt, an denen auch der Kanton Aargau vertreten war. Die HF, die an diesen Tagungen vertreten waren, haben sich grossmehrheitlich für die Einführung der Titelzusätze "Professional Bachelor/Master" ausgesprochen. Die Titelzusätze wurden am 12. Juni 2023 zudem in der Berufsbildungskommission (BBK) des Kantons Aargau besprochen, in welcher die wichtigsten Partner der Aargauer Berufsbildung vertreten sind. Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) sowie der Aargauische Gewerbeverband sehen in den neuen Titelzusätzen keinen grossen Nutzen für den schweizerischen respektive den aargauischen Arbeitsmarkt. Falls diese Massnahme jedoch den Absolventinnen und Absolventen im internationalen Kontext einen Vorteil verschaffen kann, so sind die Verbände nicht grundsätzlich dagegen. Wichtig ist, dass es bei der Einführung von Zusätzen zu den bewährten Titeln der HBB bleibt und diese nicht komplett durch "Professional Bachelor/Master" ersetzt werden. Generell wurde von den Mitgliedern der BBK auf die Herausforderung hingewiesen, dass die neuen Titelzusätze die Orientierung im Bildungssystem sowie die Abgrenzung zu den Hochschulabschlüssen womöglich erschweren könnten.

Zur Frage 5

"Wie gedenkt der Regierungsrat die Berufslehre und die damit zusammenhängenden Weiterbildungsmöglichkeiten (Fachhochschule und höhere Fachschule) zu stärken, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken?"

Um die Zukunftsfähigkeit des Erfolgsmodells Berufsbildung zu stärken, wurde Ende 2018 auf Bundesebene die Initiative "Berufsbildung 2030" lanciert. Es handelt sich dabei um eine gemeinsame Initiative von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt, deren Ziel es ist, Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft zu antizipieren und die Berufsbildung dadurch zu stärken. Im Rahmen des Strategieprozesses haben die Verbundpartner Kernelemente der Schweizer Berufsbildung definiert und ein Leitbild sowie priorisierte Stossrichtungen als Orientierungsrahmen zur gemeinsamen Weiterentwicklung verabschiedet. Die Umsetzung einzelner Massnahmen erfolgt unter Federführung des jeweils zuständigen Verbundpartners. Seit dem Start der Implementierung Ende 2018 wurden von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt rund 30 Projekte lanciert. Der Kanton Aargau beteiligt sich an dieser Initiative respektive den lancierten Projekten auf verschiedenen Ebenen.

Auf kantonaler Ebene ist der Entwicklungsschwerpunkt (320E015) "Festigung der dualen beruflichen Grundbildung" (Aufgabenbereich 320 'Berufsbildung und Mittelschule') wichtig. Aufgrund der grossen volkswirtschaftlichen Bedeutung und der eminent wichtigen Rolle bei der Deckung des Fachkräftebedarfs werden die Berufsvorbereitung und die duale berufliche Grundbildung weiterentwickelt, um die Position der dualen Berufsbildung im Kanton Aargau nachhaltig zu festigen, die Zukunftsfähigkeit des dualen Systems sicherzustellen und auch die Übergänge von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II und von dieser in die Tertiärstufe langfristig zu sichern. Der Entwicklungsschwerpunkt besteht aus sechs Teilprojekten, wovon mit der Einführung des prüfungsfreien Übertritts in die Berufsmaturität für Erwachsene (BM II) eines bereits umgesetzt wurde.

Im Bereich der HF ist besonders die Umsetzung der vom Schweizer Stimmvolk 2022 angenommene Pflegeinitiative zu erwähnen. Die Umsetzung wird im Rahmen eines Projekts unter der Gesamtleitung des Departements Gesundheit und Soziales angegangen. Die übrigen HF-Bereiche ausserhalb des Gesundheitsbereichs sind sehr stark durch die Wirtschaft sowie die einzelnen Bildungsanbieter

gesteuert, der Kanton Aargau unterstützt vor allem durch seine offene Haltung betreffend die Anerkennungsgesuche. Der Bereich der HF hat dementsprechend in den vergangenen zehn Jahren ein bedeutendes Wachstum erfahren. So hat die Anzahl Aargauer HF-Studierenden in subventionierten Bildungsgängen im Vergleich zu 2012 um über 30 % zugenommen, die Anzahl beitragsberechtigter höherer Fachschulen innerhalb des Kantons sogar um rund 75 % (von acht zu aktuell 14 Anbietenden).

Um dem Fachkräftemangel bezüglich Fachhochschulabsolventinnen und Fachhochschulabsolventen entgegen zu wirken, werden die Studiengänge der FHNW laufend weiterentwickelt und dem Bedarf des Arbeitsmarkts angepasst. Mit dem Leistungsauftrag 2025–2028 soll die FHNW zusätzlich gestärkt und ausgebaut werden:

- Um dem Informatikstudium in der Nordwestschweiz eine höhere Visibilität zu verschaffen, soll eine neue Hochschule für Informatik mit einem Standort in Brugg-Windisch und einem Standort nördlich des Juras (Basel-Landschaft/Basel-Stadt) geschaffen werden. Ziel ist es, mit der neuen Hochschule die von der Wirtschaft dringend benötigten Informatikfachkräfte für die Nordwestschweiz aus- und weiterzubilden.
- Angesichts der aktuellen Herausforderungen im Bereich des Klimawandels, der Ressourcenknappheit und dem Umbau in der Energieversorgung ist als weitere Massnahme vorgesehen, die Lehre und Forschung an der Hochschule für Technik um den Bereich Umwelt zu ergänzen.
- In der Leistungsauftragsperiode 2025–2028 soll das Portfolio der Hochschule für Wirtschaft unter Berücksichtigung der Anliegen der regionalen Wirtschaft gezielt weiterentwickelt werden.

Mit diesen Massnahmen soll gezielt auf den Fachkräftebedarf in der Nordwestschweiz, die Anliegen aus Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Konkurrenzsituation reagiert werden. Es handelt sich dabei um den grössten Entwicklungsschritt seit der Gründung der FHNW und um eine wichtige Investition der Trägerkantone in die FHNW.

Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Fr. 1'109.–.

Regierungsrat Aargau